

Wahlprüfsteine des BVDM e.V. zur Bundestagswahl September 2021

Die Antworten der Spitzenkandidaten in Wahlkreis 008, Aachen-2

1. Die Fragen des BVDM e.V. an die Spitzenkandidaten in Hessen

2. Antworten Catarina dos Santos-Firnhaber, CDU

3. Antworten Claudia Moll, SPD

4. Antworten Lukas Benner, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

5. Antworten Birgit Haveneth, FDP

6. Antworten Michael Winterich, AfD

7. Antworten Johannes Koch, DIE LINKE

8. Antworten Helmut Josef Keischgens, FREIE WÄHLER

1. Die Fragen des BVDM e.V. an die Politik

1. Ausreichende und bessere Ressourcen für Sanktionen und Prävention:

Der BVDM lehnt Raserei und Manipulationen an Schalldämpfern strikt ab! Wir wissen, dass Lärm und Verkehrsgefährdung Probleme sind, die schnellstmöglich gelöst werden sollten. Deshalb fordert der BVDM Präventionsmaßnahmen, sowie die konsequente Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrern, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Die Behörden benötigen dazu ausreichende juristische Rahmenbedingungen und finanzielle Ressourcen.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen einsetzen?

JA () NEIN ()

2. Motorrad-Streckensperrungen: Im Bundesgebiet gibt es eine Vielzahl von Streckensperrungen nur für Motorräder.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer aussprechen?

JA () NEIN ()

3. Tempolimits nur für Motorräder: Im Bundesgebiet gibt es auf einigen Straßen Tempolimits ausschließlich für Motorräder.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit gegen Tempolimits ausschließlich für Motorräder aussprechen?

JA () NEIN ()

4. Motorrad-Fahrverbot bei Standgeräusch über 95 dB: Seit dem 10. Juni 2020 gilt in Tirol auf einigen Strecken ein Fahrverbot nur für Motorräder mit einem Standgeräusch über 95 dB. Sehr viele Motorräder, die korrekt die gültigen Zulassungsbestimmungen erfüllen, werden so vom Straßenverkehr ausgeschlossen. Eine ähnliche Maßnahme befürchten wir auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich nachdrücklich gegen Fahrverbote nur für zulassungskonforme Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

JA () NEIN ()

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Elektroautos werden von der Bundesregierung finanziell gefördert. Elektromotorräder/-roller hingegen nicht. Dabei nehmen sie im Vergleich zu Pkw erheblich weniger Raum im Straßenverkehr ein und sind nicht nur im Berufsverkehr eine echte Alternative. Hinzu kommen die reduzierte Umweltbelastung und kaum vorhandene Lärmemissionen.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-rollern einsetzen?

JA () NEIN ()

2. Antworten Catarina dos Santos-Firnhaber, CDU

Von: "mail @ cds2021" <mail@cds2021.de>
Gesendet: Donnerstag, 2. September 2021 09:46
An: rainald.mohr@bvdm.de
Betreff: Re: ERINNERUNG WG: Verkehrspolitik - Fragen an Sie persönlich als Direktkandidatin im Wahlkreis 88 - Bundestagswahl 2021
Anlagen: CDU- Frau Catarina dos Santos - Fragen Bundestagswahl 2021 Kopie.pdf; Unbenannte Anlage 00023.htm

Sehr geehrter Herr Mohr,

bitte entschuldigen Sie die Verzögerung bei der Antwort.
Anbei das Dokument einmal zurück.

Haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 01.08.2021 sowie für Ihr bzw. das Interesse Ihres Verbandes an der Bundestagswahl in diesem Jahr. Gerne nehme ich wir folgt zu Ihren einzelnen Fragen Stellung.

Ich bedanke mich für Ihre erste Frage insbesondere vor dem Hintergrund Ihres klaren Bekenntnisses gegen Raserei und Manipulation an Schalldämpfern. Ihre Position teile ich voll und ganz und kann daher Ihre Frage nach **ausreichend juristischen Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden uneingeschränkt befürworten.**

Zu Streckensperrungen und Tempolimits möchte ich Ihnen versichern, dass ich die Position Ihres Verbands gerne in meine zukünftige Entscheidungsfindung mit einfließen lasse. Einschränkungen nur für Motorräder halte ich grundsätzlich für diskriminierend. Eine pauschale Antwort zu diesen Fragen wäre aber glaube ich jedem Einzelfall nicht gerecht.

Zu Ihrer **vierten Frage** ist mir ein entsprechendes Anliegen in Deutschland grundsätzlich nicht bekannt. Zum Tiroler Modell vernehme ich momentan viel Kritik, weil es so scheint, als sei das Standgeräusch meist nicht das Problem. **Auch hier bin ich sicher, dass ein generelles Verbot nicht die Lösung aller Probleme sein. Die CDU setzt generell auf Technologieoffenheit und Innovationen. Hier lässt sich sicherlich auch für die Geräuschkulisse der Motorräder eine kluge Lösung finden (wenn es sie nicht schon gibt).**

Zu guter letzt müssen auch Elektroroller beim Ausbau der Elektromobilität mitbedacht werden. Insofern nehme ich Ihr Anliegen diesbezüglich gerne auf.

Haben Sie vielen Dank für Ihr Interesse und bitte entschuldigen Sie meine verspätete Antwort.

Catarina dos Santos Firnhaber
CDU Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Aachen II

3. Antworten Claudia Moll, SPD

Von: Moll Claudia <claudia.moll@bundestag.de>
Gesendet: Dienstag, 31. August 2021 14:32
An: rainald.mohr@bvdm.de
Betreff: AW: ERINNERUNG - Verkehrspolitik - Fragen an Sie persönlich als Direktkandidatin im Wahlkreis 88 - Bundestagswahl 2021

Sehr geehrter Herr Mohr,
vielen Dank für die Erinnerung.
Zu Ihren Fragen:

1. Ausreichende und bessere Ressourcen für Sanktionen und Prävention:
Der BVDM fordert Präventionsmaßnahmen, sowie die konsequente Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrern, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Die Behörden benötigen dazu ausreichende juristische Rahmenbedingungen und finanzielle Ressourcen.
Werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen einsetzen?
JA (x) NEIN ()

Ja, ich messe der Prävention eine hohe Bedeutung bei und werde mich uns für ausreichend personelle und technische Ausstattung der Polizei einsetzen. Um insbesondere ein gesetzeswidriges Verhalten von Motorradfahrern sanktionieren zu können, sehe ich die Anwendbarkeit von sogenannten Vorbeifahrtmessungen light vor. Im Gegensatz zur gewöhnlichen Standgeräuschemessung ermitteln diese die Geräuschemissionen fahrender Kraftfahrzeuge. Dieses Messverfahren soll es der Polizei ermöglichen, manipulierte oder auch defekte Fahrzeuge erkennen und gezielt herausziehen zu können. Der fehlende Kontrolldruck ist Teil der bisherigen Problemlage.

2. Motorrad-Streckensperrungen: Im Bundesgebiet gibt es eine Vielzahl von Streckensperrungen nur für Motorräder.
Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer aussprechen?
JA () NEIN (x)

Ich werde, zusammen mit meiner Partei die Möglichkeiten stärken, Streckensperrungen von Behörden als Ultima Ratio verhängen zu können. Wir halten es für wichtig, gezielt gegen störendes Verhalten vorzugehen. Streckensperrungen sind dabei zwar lediglich letztes Mittel, müssen als solches aber zur Verfügung stehen. Demnach sind Streckensperrungen dann erforderlich und geeignet, wenn mehr Kontrollen und Geschwindigkeitsbeschränkungen keine Reduzierung des Lärms bringen. Diese Entscheidung hängt maßgeblich vom konkreten Einzelfall ab.

3. Tempolimits nur für Motorräder: Im Bundesgebiet gibt es auf einigen Straßen Tempolimits ausschließlich für Motorräder.
Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit gegen Tempolimits ausschließlich für Motorräder aussprechen?
JA () NEIN ()

- Fortsetzung folgende Seite-

Fortsetzung Antworten Claudia Moll, SPD:

Das regelt nicht der Bund. Es liegt in der Verantwortung der Länder und Kommunen, Tempolimits an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten anzuordnen. Ein Tempolimit ausschließlich für bestimmte Verkehrsteilnehmer ist rechtlich zulässig und wird auch z.B. ausschließlich für LKW häufig angewandt. Deutlich seltener dagegen sind Geschwindigkeitsbeschränkungen nur für Motorräder. Ich werde mich stets für sinnvolle Maßnahmen zur Lärmreduktion einsetzen. Mir geht es darum, die verschiedenen Interessen zwischen den Motorradfahrenden und den besonders vom Lärm betroffenen Gemeinden sorgfältig abzuwägen, wie beispielsweise bei uns in Simmerath. Wer gegen geltende Regeln verstößt, muss generell besser zur Verantwortung gezogen werden. Hier muss mit wirksamen Polizeikontrollen gezielt angesetzt werden.

4. Motorrad-Fahrverbot bei Standgeräusch über 95 dB: Seit dem 10. Juni 2020 gilt in Tirol auf einigen Strecken ein Fahrverbot nur für Motorräder mit einem Standgeräusch über 95 dB. Sehr viele Motorräder, die korrekt die gültigen Zulassungsbestimmungen erfüllen, werden so vom Straßenverkehr ausgeschlossen. Eine ähnliche Maßnahme befürchten wir auch in der Bundesrepublik Deutschland. Werden Sie sich nachdrücklich gegen Fahrverbote nur für zulassungskonforme Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

JA (x) NEIN ()

Wer sich regelkonform verhält, darf nicht mit einem Verbot belegt werden. Außerdem besteht kein direkter Zusammenhang zwischen Standgeräusch und Fahrgeräusch. Davon unberührt sind grundsätzliche Streckensperrungen für Motorräder als letztes Mittel.

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Elektroautos werden von der Bundesregierung finanziell gefördert. Elektromotorräder/-roller hingegen nicht. Dabei nehmen sie im Vergleich zu Pkw erheblich weniger Raum im Straßenverkehr ein und sind nicht nur im Berufsverkehr eine echte Alternative. Hinzu kommen die reduzierte Umweltbelastung und kaum vorhandene Lärmemissionen. Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-rollern einsetzen?

JA (x) NEIN ()

Meine Partei, wie auch ich sehen die Vorteile der Elektromobilität auch bei Motorrädern - und insbesondere hinsichtlich der Lärmreduzierung kann auf diesem Weg etwas erreicht werden. Klar ist deshalb aber auch, dass zusätzlich Anreize für die Fahrzeughersteller gesetzt werden müssen, leisere Maschinen zu entwickeln und zu produzieren, sodass jede technisch vermeidbare Lärmbelastung eingestellt werden kann. Eine Aufnahme von Elektromotorrädern in die Liste förderfähiger Elektrofahrzeuge der BAFA erachten wir für sinnvoll, um diese geräuschärmeren Fahrzeuge zu fördern und dadurch Emissionen zu verringern.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Moll

4. Antworten Lukas Benner, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Bundesverband der Motorradfahrer e.V. (BVDM)
anlässlich der Bundestagswahl 2021



1. Raserei und Manipulationen an Schalldämpfern bei PKW und Motorrädern: Werden sich die GRÜNEN und wird sich A. Baerbock für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen gegen Raserei und Fahrzeugmanipulation einsetzen? JA? Oder NEIN?

Ja, wir GRÜNE wollen den Einsatz von Technik, die bei Motorrädern sowie bei Pkw Schadstoff- oder Lärmemissionen erhöht und Testzyklen erkennt, unter Ausschöpfung aller nationalen rechtlichen Möglichkeiten wirksam bekämpfen. Fahrzeugkontrollen und die Umsetzung von klaren Regeln in der StVO - für die wir uns einsetzen - liegen in der Hoheit der Bundesländer, hierbei wollen wir bundesseitig auf eine stärkere Kooperation der Behörden hinwirken.

2. Streckensperrungen nur für Motorräder: Werden sich die GRÜNEN, wird sich A. Baerbock, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer aussprechen? JA oder NEIN?

Ja, wir GRÜNE wollen keine Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer*innen und wollen alle Maßnahmen ergreifen, vor Ort Streckenbeschränkungen zu vermeiden. Motorradfahren ist ein Baustein der individuellen Mobilität. Gleichzeitig darf der berechtigte Fahrspaß der einen nicht die Gesundheitsgefährdung der anderen bedeuten. Um Lärmbelastung an besonders stark von Auto- und Motorradverkehr frequentierten Strecken zu reduzieren, wollen wir GRÜNE die Schwellenwerte für unnötigen Lärm definieren und Überschreitungen mit wirksamen Mitteln ahnden. Das Vergehen einer Minderheit von Motorradfahrer*innen darf aus unserer Sicht nicht dazu führen, dass alle Motorradfahrer*innen eingeschränkt werden. Zudem wollen wir auf eine Überarbeitung der Typzulassungsvorschriften hinwirken, damit Motorräder tatsächlich leiser und dafür bestehende technische Optionen ausgeschöpft werden. Gleiches gilt für die Lärmwerte von Pkw.

3. Tempolimits nur für Motorräder: Werden die Grünen, wird sich A. Baerbock, im Rahmen der politischen Arbeit gegen Tempolimits ausschließlich für Motorräder aussprechen? JA oder NEIN?

Ja, Tempolimits nur für Motorräder wollen wir GRÜNE nicht einführen. Jeden Tag sterben auf den Straßen in Deutschland statistisch neun Menschen und werden 1000 schwer verletzt. Das müssen wir dringend ändern und dem zentralen Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme, das die Straßenverkehrsordnung an erster Stelle ausspricht, dadurch nachkommen, dass die z.T. sehr großen Geschwindigkeitsunterschiede, gerade im Mischverkehr in der Stadt, vermindert werden. Aus Verkehrssicherheitsgründen sprechen wir GRÜNE uns deswegen für eine allgemeine Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von 130 km/h und innerorts für die Regelgeschwindigkeit 30 km/h aus.

4. Tiroler Modell: Werden sich die GRÜNEN, wird sich A. Baerbock gegen Fahrverbote für zulassungskonforme Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen? JA oder NEIN?

Nein, denn bei einem Interessensausgleich muss Gesundheitsschutz letztlich schwerer wiegen. Wir GRÜNE wollen es schwerstbetroffenen Orten ermöglichen, für zunächst eine Saison das sogenannte Tiroler Modell mit Streckensperrungen für Motorräder mit einem Standgeräusch von zunächst mehr als 95 Dezibel anzuordnen, die Lärminderung während der Testphase laufend zu evaluieren und falls erforderlich, die Verantwortlichen in die Lage zu versetzen, lärmbedingte

Fortsetzung folgende Seite:

Fortsetzung Antworten Lukas Benner, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Geschwindigkeitsbegrenzungen sowie Sonn- und Feiertagsfahrverbote zu verhängen, solange bis wirksame Maßnahmen zum Ausschluss besonders lauter Maschinen spürbar Abhilfe schaffen. Falls es dazu käme, könnte es sich aber gegebenenfalls nur um einige wenige Straßenkilometer auf dem insgesamt riesigen Straßennetz in Deutschland handeln.

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Wird sich die GRÜNEN, wird sich A. Baerbock im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektro-Motorrädern/-Rollern einsetzen? JA oder NEIN?

Ja. Das Bundes-Klimaschutzgesetz gibt vor, die CO₂-Emissionen des Verkehrs bis 2030 um fast die Hälfte zu verringern und den Sektor bis 2045 komplett zu dekarbonisieren. Die Automobil- und Motorradindustrie ist deshalb gefragt, gezielt in die Entwicklung neuer Modelle und Antriebskonzepte zu investieren. Wegen seiner hohen Verantwortung für den Klimaschutz wollen wir GRÜNE für den Automobilbereich ein festes Ausstiegsdatum für Verbrenner einführen, wie es bereits in zahlreichen Ländern vorgesehen ist. Wir GRÜNE unterstützen selbstverständlich auch jede Anstrengung im Motorradbereich, auf batterieelektrische Antriebe umzustellen. Dazu können auch finanzielle Anreize gehören. Allerdings müssen die Hersteller auch mehr elektrische Zweiräder in ihre Portfolios aufnehmen.

5. Antworten Birgit Haveneth, FDP

Werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen einsetzen?

JA (X) NEIN ()

1. Motorrad-Streckensperrungen: Im Bundesgebiet gibt es eine Vielzahl von Streckensperrungen nur für Motorräder.

Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer aussprechen?

JA (X) NEIN ()

→ Im liberalen Sinne kann es keine derartigen Verbote geben, allein schon aus Gerechtigkeitsgründen der Steuerzahler (KFZ Steuer/Benzin Steuer). Die Streckensperrungen erfolgen zu 98% durch vermehrte Unfälle, die wiederum durch Raserei und Manipulation herbeigerufen werden.

2. Tempolimits nur für Motorräder: Im Bundesgebiet gibt es auf einigen Straßen Tempolimits ausschließlich für Motorräder.

Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit gegen Tempolimits ausschließlich für Motorräder aussprechen?

JA (X) NEIN ()

→ Tempolimits für gewisse Fahrzeuge macht nur dann Sinn, wenn durch das „Fahrzeug“ eine Gefahr ausgeht.

3. Motorrad-Fahrverbot bei Standgeräusch über 95 dB: Seit dem 10. Juni 2020 gilt in Tirol auf einigen Strecken ein Fahrverbot nur für Motorräder mit einem Standgeräusch über 95 dB. Sehr viele Motorräder, die korrekt die gültigen Zulassungsbestimmungen erfüllen, werden so vom Straßenverkehr ausgeschlossen. Eine ähnliche Maßnahme befürchten wir auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Werden Sie sich nachdrücklich gegen Fahrverbote nur für zulassungskonforme Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

JA (X) NEIN ()

→ Lärmimmission muss generell in Europa betrachtet werden, die Ausgrenzung für Motorräder ist völlig fehl am Platze. Wenn es in Europa erlaubt ist Maschinen/Fahrzeuge zu nutzen bzw. diese eine Zulassung zu bekommen obwohl diese sehr laut sind, sollte man dieses nicht in einigen Gebieten aushebeln. Hier ist auch wieder die Bestrafung der Verkehrssünder die Lösung. Auch hier müssen alle Fahrzeuge generell betrachtet werden.

4. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Elektroautos werden von der Bundesregierung finanziell gefördert. Elektromotorräder/-roller hingegen nicht. Dabei nehmen sie im Vergleich zu Pkw erheblich weniger Raum im Straßenverkehr ein und sind nicht nur im Berufsverkehr eine echte Alternative. Hinzu kommen die reduzierte Umweltbelastung und kaum vorhandene Lärmemissionen.

Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-rollern einsetzen?

JA (X) NEIN ()

6. Antworten Michael Winterich, AfD

Von: Michael Winterich <michael.winterich@afd.ac>
Gesendet: Dienstag, 31. August 2021 12:39
An: rainald.mohr@bvdm.de
Betreff: Re: ERINNERUNG - Verkehrspolitik - Fragen an Sie persönlich als Direktkandidat im Wahlkreis 88 - Bundestagswahl 2021

Sehr geehrter Herr Mohr,

vielen Dank für die Zusendung der Fragen. Die Beantwortung der u.s. Fragen wurden bereits von mir am 02.08.2021 als Antwort an Sie zurückgesandt.

Gerne sende ich Ihnen meine Antworten u.s. noch einmal zu.

Gerne bin ich immer für ein offenes aber auch direktes Wort zu haben, deshalb werde ich die Fragen wie folgt, wie gewünscht klar beantworten:

Frage 1: JA

Die Ressourcen sind in der Justiz im allgemeinen zu knapp bemessen, wir haben viele Befürworter aus den Reihen der Justiz und sind uns deren Verantwortung mehr als bewusst. Aus meiner Sicht ist die Fehlerquote aufgrund des übermäßigen Drucks in der gesamten Justizarbeit viel zu groß, daher werde ich mich für eine Verbesserung, Digitalisierung sowie eine Aufstockung der Ressourcen (Personell und Finanziell) in der Justiz einsetzen.

Frage 2: JA

Hier muss das Gleichgewicht zwischen Anwohner Wünschen als auch Freiheit für Motorradfahrer wieder hergestellt werden. Sicherlich ist - wie z. B. vor Kindergärten eine zeitliche Geschwindigkeitsbegrenzung sinnvoll, muss man sich aber im Einzelfall vor Ort anschauen. Grundsätzlich halte ich nichts von Verboten, sondern von Zusammenleben. Wenn jemand meint in der 30er Zone mit 100 km/h zu fahren, muss diese Person zur Verantwort gezogen werden, auch dazu braucht es mehr Eigenverantwortung und mehr Ressourcen bei den Behörden.

Vorschlag AJ:

Das Konzept der "Sippenhaft" halte ich grundsätzlich für falsch, insbesondere, wenn es wie in diesem Fall willkürlich eine Gruppe benachteiligt. Sie geben erfreulicher Weise an, dass Sie unzumutbare Lärmbelästigung verurteilen, die durch bewusst gesetzeswidrige Änderungen an den Fahrzeugen herbeigeführt werden. darin aber sehe ich das eigentliche Problem zwischen Motorradfahrern und Anwohnern, nicht in der Nutzung der Strecken. Gerade mit Ihrem verständnis der Sache bin ich sicher, dass ein gemeinsames Nebeneinander von Bikern und Anwohnern möglich ist. Denn Lärmbelästigungen dieser Art können ebenso von Autos herbeigeführt werden.

Frage 3: JA

Hier knüpfe ich an die Frage 2 an. Mehr Eigenverantwortung, wie Sie Ihr Verein lebt anstatt selektive Verbote, die obendrein eine Mehrheit von verantwortungsbewussten Fahrern kollektiv benachteiligt. In beiden Fragen 2 & 3 sehe ich die Sanktionierung von Verstößen als das Mittel der Wahl, da so zum Einen konkret die Richtigen angegangen werden und zum Anderen eine

Fortsetzung auf folgender Seite:

Fortsetzung der Antworten von Michael Winterich, AfD:

Gleichbehandlung von Auto- und Motorradfahrern gewährleistet ist. Verantwortungslose und rücksichtslose Menschen können sich ebenso gut ein Motorrad wie ein Auto kaufen.

Frage 4: JA

Ich finde es unverantwortlich hier ein Versäumnis der Politik auf die Allgemeinheit umzulegen. Wie bei PKW ist es auch bei Motorrädern möglich durch technische Unterstützung und entsprechender Gesetzgebung unter den geforderten 95 dB zu bleiben. Wenn man hier seitens der Politik mehr auch die Betroffenen fragen würde anstatt sich von teuren Beratern das Geld aus der "Tasche" ziehen zu lassen wäre allen geholfen.

Frage 5: JA / NEIN

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass die E-Mobilität nicht das Zünglein an Waage ist. Durch die Ressourcenverschwendung bei dem Bau solcher E-Fahrzeuge ist hier nicht wirklich eine Alternative zu den Verbrennungsmotoren gegeben. Hier müsste die Forschung zeigen, ob dieses Projekt sinnvoll ist, oder man auf andere Innovationen zurückgreift, wie z.B. Magnetmotoren, Wasserstoffmotoren, synthetische Kraftstoffe u.w. **Aber auch hier bin ich strikt gegen eine Ungleichbehandlung. Im Gegenteil folge ich komplett Ihrer Argumentation**, da ich Elektro-2-Räder aufgrund des ohnehin günstigeren Umwelt-Fußabdrucks (Gewicht, Verbrauch, Werkstoffressourcen) für eine mindestens gleich gute Alternative halte.

7. Antworten Johannes Koch, DIE LINKE

An
Herrn Johannes Koch
Direkt-Kandidat DIE LINKE, Bundestagswahl 2021
Wahlkreis 88, Aachen 2
Per E-Mail:

Obere Brendelstraße 44
61350 Bad Homburg
Mobil-Tel.: 01525/4617840
E-Mail: rainald.mohr@bvdm.de

www.bvdm.de

01.08.2021

*siehe Markierung
04.08.2021*

Verkehrspolitik: Fragen an Sie persönlich in Bezug zur Bundestagswahl 2021

Sehr geehrter Herr Johannes Koch,

zur Bundestagswahl 2021 schreiben wir **Sie persönlich** in Ihrer Funktion als Direktkandidat DIE LINKE im Wahlkreis 88 an. Für die Wahlentscheidung vieler Motorradfahrer, deren Familien und Freunden bei der Wahl im September 2021, ist Ihr persönlicher Standpunkt zu Motorrad-Streckensperrungen eine wichtige Entscheidungsgrundlage, da es im Wahlkreis Aachen-2 Streckensperrungen für Motorradfahrer gibt.

Deshalb bitten wir **Sie persönlich** untenstehende Fragen mit einem eindeutigen „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten. Gerne können Sie zusätzlich ergänzende Erläuterungen vermerken. Die identischen Fragen senden wir auch an alle anderen zur Wahl stehenden Direktkandidaten der Parteien.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Der Bundesverband der Motorradfahrer (BVDM e.V.) ist parteipolitisch unabhängig. Wir lehnen Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung (wie z.B. Raserei oder Manipulation von Schalldämpfern) ab. Wir sind der Auffassung, dass Regelverstöße konsequent verfolgt und geahndet werden müssen. Motorradfahrer, die sich korrekt verhalten, dürfen aber nicht in Sippenhaft für die Regelverstöße Dritter genommen werden.

Die Fragen:

1. Ausreichende und bessere Ressourcen für Sanktionen und Prävention:

Der BVDM lehnt Raserei und Manipulationen an Schalldämpfern strikt ab! Wir wissen, dass Lärm und Verkehrsgefährdung Probleme sind, die schnellstmöglich gelöst werden sollten. Deshalb fordert der BVDM Präventionsmaßnahmen, sowie die konsequente Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrern, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Die Behörden benötigen dazu ausreichende juristische Rahmenbedingungen und finanzielle Ressourcen.

Werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen einsetzen?

JA (☒) NEIN (☐)

8. Antworten Helmut Josef Keischgens, FREIE WÄHLER

Gesendet:
An:
Betreff:

Samstag, 7. August 2021 11:38
rainald.mohr@bvdm.de
AW: Verkehrspolitik - Fragen an Sie persönlich als Direktkandidat im
Wahlkreis 88 - Bundestagswahl 2021

Sehr geehrter Herr Mohr,

gerne beantworte ich Ihnen Ihre Fragen. Aber bitte bei Veröffentlichungen meinen Namen richtig schreiben: richtig: Helmut Josef Keischgens! Falsch: Gerald Helmut Keischgens!

Vorab möchte ich zu meiner Person sagen, dass ich selber Motorradfahrer bin und zusätzlich an einer stark befahrenen Durchgangsstraße (Eifel Richtung Rursee) gewohnt habe, wo auch sehr viele Motorradfahrer vorbei fahren. Daher kann ich beide Seiten sehr gut verstehen.
Ich weiß das die meisten Motorradfahrer unproblematisch sind und nur wenige den Ruf der ganzen Clique kaputt machen. Es gilt also Maßnahmen zu finden die diesen wenigen entgegen wirken, ohne auch die anderen zu bestrafen.

Zu Ihren Fragen:

1. Werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen einsetzen?
JA (X) NEIN ()

Dies ist eine gute Möglichkeit um die wenigen Raser gezielt zu sanktionieren, hier müssen die Strafen extremer und unmittelbar folgen können.

2. Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer aussprechen?
JA (X) NEIN ()

Streckensperrungen sind keine Problemlösung sondern nur eine Problemverlagerung! Wenn Sperrungen in Extremlagen, dann auch für zu laute Auto's, also für alle.

3. Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit gegen Tempolimits ausschließlich für Motorräder aussprechen?
JA (X) NEIN ()

Wenn Tempolimits dann für alle (Auto's u. Motorräder)

4. Werden Sie sich nachdrücklich gegen Fahrverbote nur für zulassungskonforme Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?
JA (X) NEIN ()

Ich würde ein Fahrverbot alleine für Motorräder nicht unterstützen, jedoch wenn dieses auch für Autofahrer, also für alle gilt, schon. Ob dabei die Grenze von 95 dB die richtige ist, kann ich im Moment nicht abschätzen. Auch müssen die Hersteller verpflichtet werden neue Motorräder und Auto's, die einen gewissen Grenzwert überschreiten, nicht mehr verkaufen zu dürfen.

5. Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-rollern einsetzen?
JA (X) NEIN ()

Auch Motorräder gehören in die Förderung rein, da dies dem Umweltschutz und gleichzeitig dem Lärmschutz dient.

Ich bedanke mich noch einmal für die Möglichkeit Ihre Fragen beantworten zu dürfen und stehe Ihnen gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Keischgens
Direktkandidat Wahlkreis 88 Aachen II
Freie Wähler